

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 06.01.2026

Zu TOP: 3.3

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2026 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0053/2025

Herr Pieper bittet die Verwaltung um Auskunft über den aktuellen Stand des Haushaltes für das Jahr 2026.

Herr Kellotat informiert, dass mehrere Fragen seitens der Ausschussmitglieder eingereicht wurden. Am heutigen Tag wurden die ersten Antworten an alle Fraktionen und an die beiden Fragesteller per E-Mail versendet. Die heute eingegangenen Fragen wurden an das jeweilige Fachamt weitergereicht und werden zeitnah beantwortet. Bei allen Nachfragen handelt es sich primär um Verständnisfragen.

Herr Rybka möchte bezüglich des Fuhrparks die durchschnittliche Nutzungsdauer der Fahrzeuge erfahren. Er fragt nach, ob dieser instandgehalten wird und ggf. gespart werden kann. Die bisherige Antwort war nicht vollständig zufriedenstellend.

Herr Kellotat erwidert, dass bei diesem Thema sowohl die Kämmerei als auch das Fachamt eine Rolle spielen. Er teilt mit, dass bereits in den Planverhandlungen gefragt wird, ob die Ersetzung eines Fahrzeuges als dringend notwendig erachtet wird. Die Nutzungsdauer ist nicht nach der Abschreibung zu Ende. Die Wirtschaftlichkeit wird immer beachtet. Sollte Bedarf an näheren Informationen bestehen, müsse das Fachamt gesondert gefragt werden. Dies hält er jedoch für ein Anliegen, welches außerhalb der Haushaltsberatung thematisiert werden sollte.

Aus Sicht von Herrn Rybka ist die weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit eine Tatsache, die langfristig nicht akzeptiert werden kann.

Bezüglich der Entwicklung der Liquiditätssituation begrüßt er den Ansatz von Herrn Kellotat die Steuern nicht zu hoch anzusetzen. Dennoch kritisiert er, dass der Saldo der liquiden Mittel und der Kassenkredite zum 31. Dezember des Haushaltsjahres 2029 sich auf -126.265.746,93 EUR belaufen wird. Diese Zahl kann laut ihm so nicht akzeptiert werden. Er hat den Eindruck, dass die Verwaltung keine ausreichenden Anstrengungen unternimmt, um die Ausgaben zu reduzieren. Er stellt den Vorschlag in den Raum, zur nächsten Sitzung eine Stellungnahme von jedem Amt mit Vorschlägen zur Reduzierung der Aufwendungen um 5% und mit daraus resultierenden Konsequenzen vorstellen zu lassen.

Herr Quintana Schmidt spricht sich dafür aus, wie geplant die Fragen bezüglich der jeweiligen Teilhaushalte durchzugehen. Er findet den Vorschlag der AfD nicht annehmbar. Sollte der Vorschlag einen Antrag darstellen, so lehnt die Fraktion DIE LINKE. diesen ab.

Frau Bartel informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piraten den Antrag ebenfalls ablehnen wird.

Herr Schilke hebt hervor, dass ein großes Defizit im Haushalt besteht. Aus diesem Grund hält er es als Bürgerschaftsmitglied für besonders wichtig, sich den Haushalt gemeinsam mit der Verwaltung im Detail anzuschauen und zu eruieren, wo Kürzungen möglich wären. Die 5% sollen kein festes Limit darstellen. Die aktuelle Lage ist laut ihm nicht hinnehmbar.

Herr Pieper merkt an, dass in vielen Punkten nicht gespart werden kann und verweist auf die pflichtigen Aufgaben.

Herr Lindner ergänzt, dass das Defizit immer größer wird. Es müssen sich über potentielle Einsparungen Gedanken gemacht werden. Anschließend teilt er mit, dass er sich in der heutigen Sitzung noch nicht bezüglich der Teilhaushalte äußern kann, da noch keine Fraktionssitzung stattgefunden hat. Dementsprechend wird er erst in der nächsten Ausschusssitzung sich zu den entsprechenden Teilhaushalten mitteilen.

Herr Rybka konkretisiert, dass sich grundlegende Dinge geändert haben, die zu diesem Defizit führen. Diese müssen antizipiert werden. Es muss der Anspruch bestehen, aktiv gegen dieses Defizit vorzugehen.

Herr Pieper erfragt, ob die Zahlen im Stellenplan inzwischen feststehen. Auf die Nachfrage von Herrn Pieper erwidert Herr Kellotat, dass es einen Rechenfehler im Stellenplan gab, welcher einen Tag nach der Bürgerschaftssitzung korrigiert worden ist. Nicht der Wert der Personalkosten, sondern die Anzahl der Stellen war fehlerhaft.

Herr Gotsch erfragt, ob der Fehler durch die Umstrukturierung der Ämter 60, 68 und 70 zustande kam. Herr. Dr. Raith bestätigt dies.

Frau Bartel möchte bezüglich des Teilhaushaltes 9 – Kulturelle Einrichtungen bzw. Teilhaushalt 10 - Schulverwaltung und Sport erfahren, an welchen Investitionen im Bereich Schulzentrum "Am Sund" gespart wurde, sodass die Gelder für das Stralsund Museum verwendet werden können. Herr Borbe erläutert, dass dies Mittel sind, die für den Schulcampus veranschlagt und vom Innenministerium genehmigt worden sind. Im Rahmen der Haushaltsbesprechung wurde nach Möglichkeiten geschaut, verfügbare Mittel für das Stralsund Museum zu verwenden, um weitere Kosten zu sparen. Frau Bartel stellt fest, dass effektiv und sinnvoll seitens der Verwaltung gearbeitet wurde.

In Bezug auf die Musikschule möchte Frau Bartel eine Erläuterung bezüglich des Stellenplans auf Seite 591 - 30% KE – Vermerk.

Herr Kellotat geht davon aus, dass dies mit dem Bundessozialgerichtsurteil hinsichtlich der Scheinselbstständigkeit zusammenhängt. Er wird eine genauere Antwort schriftlich nachreichen.

Des Weiteren möchte Frau Bartel den Zusammenhang der Einsparung einer Stelle im Amt 40 im Bereich Kunst- Kulturbesitz/Kulturmanagement (Stellenplan Seite 591) mit dem Sperrvermerk im Bereich Restauration (Stellenplan Seite 593) erfahren.

Laut Herrn Kellotat hat die Einsparung keinen fachlichen Hintergrund. Es wurden Personalkosten eingespart. Es wird stets geschaut, wo Personal entbehrlich ist.

Das Liquiditätssaldo im Teilhaushalt 10 auf Seite 558 in Bezug auf das Theater Vorpommern GmbH weist gegenüber dem Jahr zuvor eine Differenz von 546.900 EUR auf. Frau Bartel möchte wissen, wie die Erhöhung dieser Lücke zustande kommt. Herr Kellotat kann diesbezüglich keine Aussage treffen.

Frau Bartel informiert, dass sich Herr Starke, welcher sich mit dem Teilhaushalt 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht und Teilhaushalt 15 Straßen und Stadtgrün beschäftigt, sehr positiv dazu geäußert hat. Er lobt die geplanten kleineren Maßnahmen, z.B. Wohnraumverbesserung in der Tribseer Vorstadt, Altstadtsanierung und die Schützenbastion. Auf Nachfrage bezüglich der Schützenbastion teilt Herr Dr. Raith mit, dass dies über die Abt. ZGM (ehemals Amt 70) und Amt 60 Städtebaufördermittel finanziert wird.

Anschließend trägt Herr Schilke den Teilhaushalt 03 – IT-Abteilung vor und merkt an, dass er zu den Kosten unter lfd. Nr. 18 – sonstige Aufwendungen vorab Fragen gestellt hat. Diese wurden ihm von der Verwaltung beantwortet.

Bezüglich der Käufe von Lizenzen und Hardware stellt er zur Frage, weshalb diese nicht zusammengefasst werden.

Für Aus- und Fortbildungen sind Kosten in Höhe von 50.000 EUR veranschlagt. Dieses Budget gilt für alle technischen Weiterbildungen aller Angestellten der Verwaltung. Herrn Schilke fehlt durch die gesamte Veranschlagung die Transparenz, wie viel jede Abteilung einzeln an Mitteln aufwendet.

Anschließend stellt Herr Schilke den Teilhaushalt 06 – Wirtschaftsförderung vor. Auch hier hat er vorab Fragen bezüglich verschiedener sonstiger Aufwendungen an die Verwaltung gestellt. Die Fragen werden ihm zeitnah durch die Verwaltung beantwortet.

Zum Abschluss merkt Herr Schilke an, dass viele Aufwendungen unter generalisierten Begriffen stehen. Er erachtet die Zusammenfassung als unbefriedigend, versteht jedoch auch den Mehraufwand, welcher durch eine explizite Auflistung entstehen würde.

Nachgehend erklärt Herr Kellotat, dass die Kritik von Herrn Schilke die aktuelle Problematik bezüglich der Transparenz des Haushaltes gut beschreibt.

Frau Lastovka teilt mit, dass sie den Aussagen von Herrn Rybka und Herrn Lindner zustimmt, dass geschaut werden muss, wie und wo Kosten reduziert werden können. Des Weiteren hat sie sich mit den Investitionen ohne Förderungen auseinandergesetzt. Sie stellt zur Diskussion, ob einige dieser Investitionen in die kommenden Jahre verschoben werden könnten. Darunter fällt unter anderem die Inspizientenanlage des Theaters, die Weiche der Querkanalbrücke und die Sanierung Gartendenkmal Brunnenau.

Frau Lastovka möchte ferner wissen, weshalb die Fördermittel für die nicht umgesetzte Maßnahme Parkhaus Schützenbastion zurückgezahlt werden müssen.

Herr Dr. Raith informiert dazu, dass sich die Investitionskosten für das Parkhaus mit 220 Stellplätzen auf über 20 Mio. EUR netto belaufen. Die Bewirtschaftung des Parkplatzes hätte im Haushalt ein Defizit von 500.000 EUR pro Jahr zu Folge gehabt. Aus diesen Gründen wurde sich dafür entschieden, die Fördermittel zurückzuzahlen und die Maßnahme nicht umzusetzen.

Frau Lastovka erfragt bezüglich des Zuschusses in Höhe von 50.000 EUR für das Frauenschutzhaus, wofür die zusätzlichen 5.000 EUR benötigt werden, da der Aufwand mit 45.000 EUR geplant ist. Dazu teilt Herr Kellotat mit, dass sich der Planansatz letztes Jahr erhöht hat.

Hinsichtlich der Inspizientenanlage erklärt Herr Kellotat, dass dies das Herzstück des Theaters ist. Ohne diese Anlage kann der Spielbetrieb des Theaters nicht erfolgen. Er ergänzt, dass die Ersatzteilbeschaffung nicht mehr gewährleistet werden kann. Es ist beabsichtigt, den Brandschutz von der Anlage zu trennen und separat zu betreiben. Die Erneuerung der Anlage war letztes Jahr bereits geplant, wurde jedoch auf dieses Jahr verschoben.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass angesichts der laufenden Kosten des Theaters das Risiko eines Ausfalls der Inspizientenanlage abgewogen werden muss. Er spricht sich ebenfalls für eine Erneuerung aus.

Zum Querkanal teilt er mit, dass aktuell geprüft wird, inwieweit die Weiche zurückgebaut werden kann. Die aktuelle Gummimatten-Situation ist besonders in der gegenwärtigen Jahreszeit sehr risikoreich. Der Rückbau der Weiche wird sinnhaft mit der Sanierung der Brücke, der städtebaulichen Entwicklung und des Eisenbahnkonzeptes einhergehen. Das etwas an der derzeitigen Situation geändert werden muss, erachtet Herr Dr. Raith als unumgänglich.

Anschließend erfragt Frau Lastovka bezüglich der Erträge der privatrechtlichen Leistungsentgelte, weshalb diese in der Planung höher sind. Herr Dr. Raith entgegnet, dass gehofft wird, dass die Erträge steigen.

Frau Lastovka möchte ferner erfahren, ob die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden nur die Veräußerungen aus B-Plänen oder auch sonstige Verkäufe enthalten sind.

Herr Dr. Raith teilt dazu mit, dass es generell schwierig sei, eine Auskunft darüber zu geben, wieviel Verkäufe im kommenden Jahr erfolgen.

Nachgehend erfragt Frau Lastovka, wodurch die Steigerung bei den Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge im Teilhaushalt 11, Seite 316, bis zum Jahr 2028 zustande kommen. Es wird sich darauf verständigt, dass die Frage schriftlich beantwortet wird.

Bezüglich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erfragt Frau Lastovka, weshalb diese gekürzt werden. Herr Dr. Raith antwortet, dass es sich dabei vermutlich um die Werksfeuerwehr handelt.

Bei den sonstigen Aufwendungen für Entschädigungen für Gebäude und Gebäudeteilen (Teilhaushalt 11, Seite 335) steigern sich die Planungskosten. Frau Lastovka möchte den Grund erfahren. Herr Dr. Raith teilt mit, dass die Antwort schriftlich nachgereicht wird. Zur Entschädigung für Gebäude und Gebäudeteile informiert Herr Kellotat, dass es sich hierbei eventuell um einen Entschädigungsanspruch eines Gebäudes auf Hiddensee handelt.

Herr Schilke erfragt betreffend des Frauenschutzhauses, ob mit einer Sonderzahlung, wie im Jahr zuvor, aufgrund der erhöhten Personalkosten zu rechnen ist.

Herr Kellotat erwidert, dass damit nicht gerechnet wird. Es wird davon ausgegangen, dass es sich um einen einmaligen Bedarf gehandelt hat.

Herr Schilke wünscht sich ein Statement seitens des Betreibers des Frauenschutzhauses, da Personalkosten normalerweise steigen. Herr Kellotat empfiehlt, dies im Fachausschuss zu besprechen.

Im Anschluss teilt Herr Quintana Schmidt mit, dass der Ansatz hinsichtlich der Aufschiebungen von Investitionen langfristig nicht zielführend ist. Es könnte so zum Verschleiß kommen, welche der Infrastruktur schaden würden. Laut Herrn Quintana Schmidt müsste sich besonders auf Bundes- und Landesebene, hinsichtlich der finanziellen Mittel einer Kommune, etwas ändern.

Herr Schilke erfragt, warum der Eigenanteil bis 2029 in Bezug auf das Theater in den nächsten Jahren unverändert bleibt. Herr Kellotat teilt mit, dass er die Beantwortung der Frage schriftlich nachreicht.

Auf Nachfrage von Herrn Pieper teilt Herr Rybka mit, dass der Vorschlag zur Stellungnahme der Amtsleiter bezüglich des Aufzeigens von Einsparungen als Antrag zu werten ist.

Herr Kellotat weist daraufhin, dass, falls es zur Umsetzung dieses Antrages der AfD-Fraktion kommen sollte, der vorliegende Haushalt grundlegend geändert werden müsste, welches zu einem Problem mit der Beschlussfassung am 29.01.2026 in der Bürgerschaft führen könnte. Er informiert weiterhin, dass dies bereits eine Maßnahme eines Haushalts sicherheitskonzepts darstellen würde. Er spricht sich stattdessen dafür aus, gemeinsam mit der Verwaltung über ein Haushalts sicherungskonzept zu beraten.

Herr Quintana Schmidt spricht sich deutlich gegen den Antrag der AfD-Fraktion aus.

Herr Lindner spricht sich für den Antrag aus. Er würde diesen jedoch ergebnisoffen behandeln.

Frau Bartel ist der Meinung, dass die Zeitspanne bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung zu knapp ist, um mögliche Änderungen im Haushalt zu übernehmen. Sie schlägt vor, dass der Finanz- und Vergabeausschuss der Verwaltung den Vorschlag unterbreiten sollte, über ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept nachzudenken. Frau Bartel ist es wichtig, dass dieses Vorhaben einen vernünftigen Ablauf hat.

Herr Schilke erachtet es als unsinnig, dass die Ausschussmitglieder sich mit dem Haushalt befassen sollen, jedoch gewünschte Änderungen nicht einfließen können, da Probleme mit dem Zeitplan der Beschlussfassung folgen.

Herr Rybka nimmt am Ende der Diskussion den gestellten Antrag zurück und bittet um Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Er findet es gut, dass die Initiative diesbezüglich von der Verwaltung kommt.

Herr Pieper würde es befürworten, die jeweiligen Haushaltverantwortlichen der Ämter in den Ausschuss für Finanzen- und Vergabe verteilt über das Jahr einzuladen.

Herr Kellotat versichert, dass ein Haushaltssicherungskonzept kommen wird.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die ausführliche Diskussion. Die Beschlussvorlage B 0053/2025 bleibt weiterhin zurückgestellt und wird in der nächsten Sitzung erneut beraten.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 13.01.2026